

NEUE WASSER- UND ABWASSERPOLITIK



Veröffentlicht am 8. April 2000

Tags: [Abwasser](#), [Finanzen](#), [Kommunen](#)

Beschluss des Landesparteitages

Der Parteitag stellt fest, dass die bisherigen Versuche, die Abwasserproblematik des Landes zu bekommen, gescheitert haben. Die bisherigen Maßnahmen haben weder zu einer Senkung des Abwasserpreis auf vergleichbares Niveau der Bundesländer sinkt, noch sind die strukturellen Probleme in der Abwasserwirtschaft der Abwasserverbände einer Lösung zu. Die Gemeinden für die entstehenden Verluste in Form von Zuschüssen herangezogen werden, wird auf diese Weise die Kommunen ebenfalls nachhaltig geschwächt.

1. Die geplante Entscheidung zur Erhebung der notleitenden Abwasserverbände unter der Bedingung von bestimmten Bedingungen vorgenommen.
2. Die Abwasserverbände, die den Genuss der Entschuldung kommen, müssen nachweislich das nötige Kenntnis über ihr Anlagevermögen und den Kunden haben.
3. Die Abwasserverbände, die das von den Mitgliedsgemeinden teilweise gestellte und noch nicht durch die Verbände

übernommen werden zu haben.

a) in Höhe der ... und

b) in Höhe der ... Einnahmen

4. Ferner müssen die ... und materielle Richtigkeit durch Verwaltungsjuristen geprüft werden.

5. Die Bearbeitung der Beiträge ... Widersprüche muss durch ein Kontrollorgan bewertet werden.

6. Die Durchsetzung des Anschluss ... muss ebenfalls durch dasselbe Gremium beurteilt werden.

7. Für das Personalmanagement müssen ... werden, insbesondere müssen Personalabbau und ... Fachpersonal (Juristen und Betriebswirtschaftler) ... werden.

8. Die Größe der Abwasserverbände sollte regelmäßig ... Einwohnern liegen.

9. In den Fällen, in denen die beteiligten Gemeinden innerhalb des Verbandes so zerstritten sind, dass eine konstruktive Zusammenarbeit nicht möglich ist, wird die Privatisierung der Betriebsführung ... Behörden geprüft.

10. Um soziale Härten, die bei einer Konsequenz ... tragen notwendigerweise entstehen, zu vermeiden, ist ... des Landes Sachsen-Anhalt zu entwickeln. Die F.D.P. ... Vorgaben des Landes Sachsen zu orientieren.